

ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN

Erklärung der Abkürzungen und Symbole	
+	angenommen
-	abgelehnt
↓	hinfällig
Z	zurückgezogen
NA (... , ... , ...)	namentliche Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
EA (... , ... , ...)	elektronische Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
getr.	getrennte Abstimmung
ges.	gesonderte Abstimmung
Änd.	Änderungsantrag
K	Kompromissänderungsantrag
entspr.	entsprechender Teil
S	Streichung
=	identische Änderungsanträge
§	Absatz/Ziffer/Nummer
Art.	Artikel
Erw.	Erwägung
Entschl.antr.	Entschließungsantrag
gem. Entschl.antr.	gemeinsamer Entschließungsantrag
geh.	geheime Abstimmung

1. Stand der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich

Entschließungsanträge: B8-0538/2017, B8-0539/2017

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Entschließungsantrag B8-0538/2017 (PPE, S&D, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE)					
§ 1	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 3	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
			3/NA	+	568, 64, 36
			4/NA	+	576, 75, 21
			5/NA	+	615, 37, 14
			6/NA	+	561, 96, 18
Nach § 3	2	EFDD	NA	-	117, 529, 30
	3	EFDD	NA	-	71, 574, 31
§ 4	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1/NA	+	610, 34, 29
			2/NA	+	590, 42, 28
			3/NA	+	596, 59, 9
§ 5	4	EFDD	NA	-	79, 586, 12
	§	ursprünglicher Text	NA	+	577, 62, 37
§ 6	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1/NA	+	564, 47, 66
			2/NA	+	640, 9, 22
§ 7	5S	EFDD	NA	-	74, 590, 13
	§	ursprünglicher	getr.		

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
		Text	1/NA	+	643, 11, 23
			2/NA	+	598, 63, 14
			3/NA	+	557, 88, 23
Nach § 7	6	EFDD	NA	-	73, 567, 35
	7	EFDD	NA	-	71, 580, 24
§ 8	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 9	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/NA	+	596, 47, 34
			3	+	
			4/NA	+	562, 89, 26
§ 10	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Nach § 10	8	EFDD	NA	-	90, 523, 63
	9	EFDD	NA	-	90, 502, 84
§ 11	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 12	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
			3	+	
Nach § 12	10	EFDD	NA	-	50, 589, 37
	11	EFDD	NA	-	63, 596, 16
§ 13	§	ursprünglicher Text	ges.	+	

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 14	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 15	12	EFDD	NA	-	73, 592, 12
	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1/NA	+	598, 54, 25
2/NA	+	547, 90, 39			
Nach § 15	13	EFDD	NA	-	87, 569, 22
Erwägung A	§	ursprünglicher Text	NA	+	662, 10, 4
Erwägung B	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Erwägung C	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Erwägung D	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Nach Erwägung H	1	EFDD	NA	-	83, 584, 11
Abstimmung: EntschlieÙung (gesamter Text)			NA	+	557, 92, 29
EntschlieÙungsantrag B8-0539/2017 (EFDD)					
Abstimmung: EntschlieÙung (gesamter Text)			NA	↓	

Anträge auf namentliche Abstimmung

EFDD: Änderungsanträge 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, Erwägung A, §§ 3 (3.–6. Teil) 4, 5, 6, 7, 9 (2. und 4. Teil), 15, Schlussabstimmung (B8-0538/2017), Schlussabstimmung (B8-0539/2017)

ENF: Schlussabstimmung

Anträge auf gesonderte Abstimmung

ENF: §§ 1, 5, 8, 9, 10, 13, Erwägung B, C, D

Anträge auf getrennte Abstimmung

EFDD:

§ 9

1. Teil „vertritt dezidiert die Auffassung, dass es in der Verantwortung der Regierung des Vereinigten Königreichs liegt, eine einzigartige, wirksame und durchführbare Lösung zu finden, die eine „Verhärtung“ der Grenze verhindert, die uneingeschränkte Einhaltung des Karfreitagsabkommens in allen Teilen sicherstellt,“
2. Teil „dem Recht der Europäischen Union entspricht und die Integrität des Binnenmarktes und der Zollunion in vollem Umfang gewährleistet;“
3. Teil „vertritt außerdem die Auffassung, dass das Vereinigte Königreich auch weiterhin seinen fairen Anteil an der finanziellen Unterstützung für Nordirland/Irland leisten muss;“
4. Teil „bedauert, dass die Vorschläge des Vereinigten Königreichs, die in seinem Positionspapier zu Nordirland und Irland vorgelegt wurden, hier zu kurz greifen; nimmt andererseits zur Kenntnis, dass die Premierministerin des Vereinigten Königreichs in ihrer Rede am 22. September 2017 jegliche physische Infrastruktur an der Grenze ausgeschlossen hat, was den Schluss nahelegt, dass das Vereinigte Königreich weiterhin dem Binnenmarkt und der Zollunion angehört oder dass Nordirland in irgendeiner Form weiterhin dem Binnenmarkt und der Zollunion angehört;“

ENF:

§ 4

1. Teil „hebt hervor, dass das Austrittsabkommen den vollständigen Katalog der Rechte beinhalten muss, die die Bürger derzeit genießen, so dass es in Bezug auf ihre Stellung keine wesentlichen Änderungen gibt, und dass dieses Abkommen für Unionsbürger im Vereinigten Königreich und für Bürger des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union Gegenseitigkeit, Gleichheit, Symmetrie und Nichtdiskriminierung sicherstellen muss;“ ohne die Worte „den vollständigen Katalog“ und „so dass es in Bezug auf ihre Stellung keine wesentlichen Änderungen gibt;“
2. Teil diese Worte
3. Teil „unterstreicht insbesondere, dass anspruchsberechtigte Unionsbürger, die im Vereinigten Königreich wohnhaft sind, sowie Kinder, die nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs geboren sind, im Geltungsbereich des Austrittsabkommens als Familienangehörige und nicht als unabhängige Rechteinhaber gelten sollten, dass künftige Familienangehörige unter denselben Bestimmungen wie derzeitige Familienangehörige weiterhin in den Genuss des Aufenthaltsrechts kommen sollten, dass Dokumente deklaratorisch gemäß EU-Recht sein sollten, dass darauf geachtet werden sollte, dass keine langwierigen Verwaltungsverfahren erforderlich werden, und dass alle in den Rechtsvorschriften der EU definierten Vorteile exportierbar sein sollten;“

§ 6

1. Teil „äußert sich besorgt über bedauerliche Verwaltungspraktiken gegen im Vereinigten Königreich lebende Unionsbürger;“
2. Teil „weist das Vereinigte Königreich darüber hinaus darauf hin, dass es, solange es weiterhin ein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, sich an das Recht der Europäischen Union halten und dieses durchsetzen und von Verwaltungs- oder anderen Praktiken absehen muss, die Hindernisse für und Diskriminierung von im Vereinigten Königreich ansässigen Bürgern der EU-27, u. a. an ihrem Arbeitsplatz, zur Folge haben; geht davon aus, dass alle übrigen Mitgliedstaaten ihrerseits dafür sorgen, dass Bürger des Vereinigten Königreichs, die in der Europäischen Union ansässig sind, vorbehaltlos im Einklang mit dem Recht der Europäischen Union behandelt werden, da Bürger des Vereinigten Königreichs bis zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union nach wie vor Unionsbürger sind;“

§ 7

1. Teil

„nimmt zur Kenntnis, dass die Premierministerin des Vereinigten Königreichs in ihrer Rede am 22. September 2017 zugesagt hat, sicherzustellen, dass die Rechte von Bürgern der EU-27, die im Vereinigten Königreich ansässig sind, unmittelbare Rechtswirksamkeit erhalten, indem das Austrittsabkommen in das Recht des Vereinigten Königreichs übernommen wird;“

2. Teil

„betont, dass dies in einer Art und Weise erfolgen sollte, die verhindert, dass einseitig Änderungen vorgenommen werden, die es Unionsbürgern ermöglicht, die Rechte aufgrund des Austrittsabkommens direkt vor Gerichten und Stellen der öffentlichen Verwaltung des Vereinigten Königreichs geltend zu machen, und die ihm Vorrang gegenüber dem Recht des Vereinigten Königreichs verleiht;“

3. Teil

„betont, dass im Hinblick auf die Gewährleistung der Kohärenz und der Integrität der Rechtsordnung der EU der EuGH das einzige und zuständige Gremium für die Auslegung und die Durchsetzung des Rechts der Europäischen Union und des Austrittsabkommens bleiben muss; erwartet diesbezüglich konkrete Vorschläge des Vereinigten Königreichs;“

§ 11

1. Teil

„nimmt die Erklärung der Premierministerin des Vereinigten Königreichs im Rahmen ihrer Rede am 22. September 2017 zur Finanzregelung zur Kenntnis, erwartet diesbezüglich jedoch konkrete Vorschläge der Regierung des Vereinigten Königreichs;“

2. Teil

„betont, dass die Verhandlungen bisher aufgrund des Fehlens klarer Vorschläge ernsthaft beeinträchtigt sind und dass es wesentlicher Fortschritte in diesem Bereich bedarf, ehe Gespräche über andere Fragen begonnen werden können, u. a. über den Rahmen der künftigen Beziehung zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich;“

§ 12

1. Teil

„bekräftigt in Übereinstimmung mit dem Positionspapier der Kommission vom 12. Juni 2017 zu den wesentlichen Grundsätzen für die Finanzregelung, dass das Vereinigte Königreich seinen finanziellen Verpflichtungen, die es als Mitgliedstaat der Europäischen Union eingegangen ist, in vollem Umfang nachkommen muss, und weist mit Nachdruck darauf hin, dass diese Frage in dem Austrittsabkommen abschließend geregelt sein muss;“

2. Teil

„weist insbesondere auf finanzielle Verpflichtungen hin, die aufgrund des mehrjährigen Finanzrahmens und des Beschlusses aus dem Jahr 2014 über das Eigenmittelsystem erwachsen;“

3. Teil

„welche – unabhängig von einem möglichen Übergangszeitraum – die ausstehenden Verpflichtungen der Europäischen Union sowie ihren Anteil der Verbindlichkeiten, einschließlich Eventualverbindlichkeiten, und die Kosten des Austritts aus der Europäischen Union umfassen, weil es keinesfalls sein kann, dass Verpflichtungen, die von 28 Mitgliedstaaten eingegangen wurden, nur von den verbleibenden 27 gezahlt werden;“

§ 14

1. Teil

Gesamter Text ohne die Worte: „dass kein Weg daran vorbeiführt“, „greifbare“, „erste“ und „in einer zweiten Phase“

2. Teil

diese Worte

§ 15

1. Teil „ist der Auffassung, dass in der vierten Verhandlungsrunde noch keine ausreichenden Fortschritte in den Bereichen Rechte der Bürger, Irland und Nordirland und Regelung der finanziellen Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs erzielt worden sind;“
2. Teil „fordert den Europäischen Rat auf, sofern in der fünften Verhandlungsrunde kein entscheidender Durchbruch entsprechend der vorliegenden EntschlieÙung in allen drei Bereichen erreicht wird, in seiner Oktober-Tagung zu beschließen, seine Bewertung dessen, ob ausreichende Fortschritte erzielt wurden, zu vertagen;“

EFDD, ENF:

§ 3

1. Teil „nimmt unter Berufung auf seine EntschlieÙung vom 5. April 2017 zur Kenntnis, dass die Premierministerin des Vereinigten Königreichs in ihrer Rede am 22. September 2017 einen zeitlich befristeten Übergangszeitraum vorgeschlagen hat;“
2. Teil „weist darauf hin, dass ein derartiger Übergang nur auf Basis der bestehenden Regelungs-, Haushalts-, Aufsichts-, Justiz- und Durchsetzungsinstrumente und -strukturen der Europäischen Union erfolgen kann;“
3. Teil „hebt hervor, dass ein derartiger Übergangszeitraum – wenn das Vereinigte Königreich kein Mitgliedstaat mehr ist – nur eine Fortsetzung des gesamten gemeinschaftlichen Besitzstands sein kann, was die uneingeschränkte Anwendung der vier Freiheiten (freier Personenverkehr, freier Kapitalverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Warenverkehr) mit sich bringt, und dass dies ohne Einschränkungen des freien Personenverkehrs durch die Festsetzung neuer Bedingungen einhergehen muss;“
4. Teil „betont, dass ein derartiger Übergangszeitraum nur unter der Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) möglich ist;“
5. Teil „weist mit Nachdruck darauf hin, dass ein derartiger Übergangszeitraum nur unter der Bedingung vereinbart werden kann, dass ein ausverhandeltes Austrittsabkommen geschlossen ist, in dem alle Fragen betreffend den Austritt des Vereinigten Königreichs geregelt sind;“ ohne die Worte „nur“, „ausverhandeltes“ und „in dem alle Fragen betreffend den Austritt des Vereinigten Königreichs geregelt sind“
6. Teil diese Worte

2. Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten***I

Bericht: Adina-Ioana Vălean (A8-0205/2017)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Vorläufige Einigung					
Vorläufige Einigung	5	Ausschuss	NA	+	645, 28, 6

3. Bewirtschaftungs-, Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Übereinkommensbereich der ICCAT***I

Bericht: Gabriel Mato (A8-0173/2017)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Vorläufige Einigung					
Vorläufige Einigung	34	Ausschuss	NA	+	590, 72, 16
Erklärung des Parlaments	33	Ausschuss		+	

4. Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau im Privatsektor und im öffentlichen Sektor in der EU

Bericht: Anna Hedh (A8-0271/2017)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 2	§	ursprünglicher Text	NA	+	399, 226, 52
§ 9	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 15	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1/NA	+	552, 79, 42
			2/NA	+	321, 309, 44
§ 19	§	ursprünglicher Text	ges./EA	+	387, 115, 170
§ 21	§	ursprünglicher Text	NA	+	338, 241, 93
§ 23	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/NA	+	359, 274, 44
§ 25	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/EA	-	299, 367, 10

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 27	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 28	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 31	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 35	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1/NA	+	561, 50, 57
			2/NA	+	358, 281, 25
§ 39	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/EA	-	293, 373, 7
§ 42	§	ursprünglicher Text	ges.	-	
§ 44	§	ursprünglicher Text	NA	+	452, 174, 42
§ 45	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 48	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	-	
§ 52	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/EA	+	335, 328, 12
§ 55	§	ursprünglicher Text	ges./EA	+	382, 279, 13

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 56	§	ursprünglicher Text	NA	+	340, 283, 48
§ 57	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/EA	-	307, 362, 5
§ 59	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 61	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1/NA	+	412, 191, 72
			2/NA	+	380, 225, 71
§ 62	§	ursprünglicher Text	NA	-	293, 370, 12
§ 63	§	ursprünglicher Text	ges.	-	
Erwägung D	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
Erwägung S	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
Erwägung AD	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	-	
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	480, 130, 65

Anträge auf namentliche Abstimmung

S&D: §§ 2, 21, 23 (2. Teil), 56, 62

Verts/ALE: §§ 15, 35, 44, 61

Anträge auf gesonderte Abstimmung

Mitglieder: §§ 9, 19, 28, 42, 45, 55, 59, 63

Anträge auf getrennte Abstimmung

Mitglieder:

Erwägung D

1. Teil „in der Erwägung, dass zu den wichtigsten Hemmnissen für die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau nachteilige soziale Normen, diskriminierende Gesetze oder fehlender Rechtsschutz, das Fehlen einer ausgewogenen Aufteilung unbezahlter Hausarbeit und Betreuung zwischen Männern und Frauen sowie ein mangelnder Zugang zu finanziellen, digitalen und unbeweglichen Vermögenswerten zählen; in der Erwägung, dass diese Hemmnisse durch sich überlappende Formen der Diskriminierung [...] zusätzlich verschärft werden können;“
2. Teil „etwa aufgrund der Rasse und der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, einer Behinderung, des Gesundheitszustands, der Geschlechtsidentität, der sexuellen Ausrichtung und/oder der sozioökonomischen Bedingungen“

Erwägung S

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte: „öffentlich zugänglicher“
2. Teil diese Worte

§ 23

1. Teil Gesamter Text ohne das Wort: „verpflichtende“
2. Teil dieses Wort

§ 25

1. Teil „ist der Überzeugung, dass zur Verwirklichung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit ein klarer Rahmen benötigt wird, der spezielle Instrumente zur Arbeitsbewertung mit vergleichbaren Indikatoren enthält, damit der „Wert“ einer Arbeit oder einer Branche ermittelt werden kann;“
2. Teil „fordert die Kommission daher auf, die Schaffung eines solchen Rahmens in Betracht zu ziehen und die Mitgliedstaaten und Sozialpartner bei dessen Umsetzung zu unterstützen; fordert alle Seiten auf, Maßnahmen und Rechtsvorschriften anzunehmen, durch die gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sichergestellt wird;“

§ 27

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte: „und hält sie dazu an, Lebensläufe ohne Geschlechtsangabe zu fördern, damit Unternehmen und die öffentliche Verwaltung vor geschlechtsbezogenen Verzerrungseffekten im Einstellungsprozess bewahrt werden; fordert die Kommission auf, die Möglichkeiten der Ausarbeitung eines anonymisierten Europass-Lebenslaufs zu prüfen“
2. Teil diese Worte

§ 31

1. Teil „fordert die EU-Organe auf, die Teilnahme von Frauen am europäischen Wahlverfahren zu fördern;“
2. Teil „indem bei der nächsten Überarbeitung des Wahlgesetzes für das Europäische Parlament Kandidatenlisten mit einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis vorgesehen werden;“

§ 35

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte: „fordert die Kommission daher auf, Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten dazu anzuhalten, mit den Sozialpartnern Gleichstellungspläne auszuhandeln, sodass die Gleichstellung der Geschlechter gestärkt und Diskriminierung am Arbeitsplatz bekämpft wird; fordert, dass in diese Gleichstellungspläne eine Strategie zur Bekämpfung, Prävention und Beseitigung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz aufgenommen wird;“
2. Teil diese Worte
- § 52
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte: „und als Teil des Europäischen Semesters“
2. Teil diese Worte
- § 61
1. Teil „betont, dass Frauen unverhältnismäßig häufig und meist unfreiwillig in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Empfehlungen der IAO mit Blick auf die Reduzierung des Ausmaßes prekärer Arbeitsverhältnisse umzusetzen;“
2. Teil „indem sie beispielsweise die Bedingungen, unter denen solche Beschäftigungsverhältnisse erlaubt sind, verschärfen und den maximalen Zeitraum, in dem ein Arbeitnehmer prekär beschäftigt sein darf, begrenzen;“
- Erwägung Ad
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte: „Sparmaßnahmen und“
2. Teil diese Worte
- § 15
1. Teil „ist der Überzeugung, dass die Einbindung von Männern in Betreuungsaufgaben eine Voraussetzung dafür ist, dass die mit Geschlechterrollen verbundenen traditionellen Stereotype aufgebrochen werden; vertritt darüber hinaus die Ansicht, dass beide Geschlechter und die gesamte Gesellschaft von einer gerechteren Verteilung der unbezahlten Arbeit und einer gleichmäßigeren Inanspruchnahme von Betreuungsurlaub Nutzen ziehen werden;“
2. Teil „ist der Überzeugung, dass ein Modell, in dem Erwerbstätigkeit und Betreuungsaufgaben gleichmäßig verteilt sind, die beste Möglichkeit für die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter in sämtlichen Lebensbereichen ist;“
- § 39
1. Teil „fordert Reformen zur Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter sowohl in der Familie als auch auf dem Arbeitsmarkt;“
2. Teil „ist der Überzeugung, dass individualisierte Ansprüche auf Sozialleistungen und ein robuster Rechtsanspruch auf Vollzeitbeschäftigung – mit der Möglichkeit eines Teilzeitvertrages – zur Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau beitragen werden;“
- § 48
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte: „und die Löhne erhöht werden“
2. Teil diese Worte
- § 57
1. Teil Gesamter Text ohne die Worte: „von Flüchtlingen“
2. Teil diese Worte

5. Maßnahmen gegen Einschränkungen des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern

Bericht: Teresa Jiménez-Becerril Barrio (A8-0283/2017)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 5	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2/EA	+	350, 316, 6
§ 9	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 17	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 23	§	ursprünglicher Text	ges./EA	-	329, 334, 9
§ 32	§	ursprünglicher Text	getr.		
			1	+	
			2	+	
§ 36	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	509, 70, 96

Anträge auf gesonderte Abstimmung

Mitglieder: §§ 9, 23, 36

Anträge auf getrennte Abstimmung

Mitglieder:

§ 5

1. Teil

Gesamter Text ohne die Worte: „unter anderem in EU-Mitgliedstaaten sowie bei einigen der engsten Verbündeten der EU,“

2. Teil

diese Worte

§ 17

1. Teil

„rät der EU und den Mitgliedstaaten davon ab, bei Ländern, mit denen die EU in Migrationsangelegenheiten kooperiert, Nachsicht zu üben, wenn es um die Einschränkung des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft und andere Menschenrechtsfragen geht;“

2. Teil „betont, dass sich Menschen durch eine Einschränkung des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverletzungen zur Migration gezwungen sehen können;“

§ 32

1. Teil Gesamter Text ohne die Worte:
„u. a. auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte,“

2. Teil diese Worte

6. Bekämpfung der Cyberkriminalität

Bericht: *Elissavet Vozemberg-Vrionidi (A8-0272/2017)*

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
§ 38	§	ursprünglicher Text	ges.	+	
§ 78	§	ursprünglicher Text	ges./EA	+	387, 204, 76
Erwägung P	§	ursprünglicher Text	ges./EA	+	399, 250, 23
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	603, 27, 39

Anträge auf gesonderte Abstimmung

Mitglieder: Erwägung P, §§ 38, 78

7. Politische Beziehungen der EU zum ASEAN

Bericht: *Reinhard Bütikofer (A8-0243/2017)*

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
Bezugsvermerk 35	1	Berichterstatte r		+	
Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)			NA	+	543, 66, 46